

16 Stunden Haushaltsberatungen im Haupt- und Finanzausschuss

Ein Resümee von Frank Firsching

Da haben wir nun den Salat. Das Ergebnis neoliberaler, deregulierender Politik ist die größte Wirtschafts- und Finanzkrise der Geschichte. Im Schlepptau von Auftragseinbrüchen, Kurzarbeit und Personalabbau befinden sich Löcher in den Sozialkassen und massive Steuerausfälle. Steuereinträge auch und insbesondere zu Lasten der Stadt Schweinfurt, die in den letzten Jahren von boomenden Fabriken lebte. Verzeichnete die Stadt Schweinfurt im Jahr 2008 noch Gewerbesteuererträge von etwa 100 Millionen Euro, so brach sie 2009 um 70% auf nur noch ca. 30 Mio. Euro ein. Mit demselben Ergebnis rechnet Kämmerer Baldauf für 2010.

Unter dem Strich bedeuten die Mindereinnahmen Verlustergebnisse in den Jahren 2009 und 2010. Jeweils ca. 34 Mio. Euro Verluste erwartet die Finanzverwaltung der Stadt. Eine schwierige Situation- ohne Zweifel. Sie ist trotzdem ohne radikale Maßnahmen zu meistern weil die Stadt praktisch schuldenfrei ist und eine Rücklage von ungefähr 90 Mio. Euro in den guten Jahren aufbauen konnte. So sind die nächsten zwei bis drei Jahre zunächst gesichert, kommen nicht weitere Hiobsbotschaften hinzu. Soviel zur Ausgangslage. Nun zu meinen Eindrücken.

Hosianna auf die klugen Stadträte, die mit dem unerwarteten Geldsegen der letzten Jahre Schulden getilgt und die Rücklage gefüllt haben. So die eigene, parteiübergreifende Lobhudelei. Hand aufs Herz. Was macht ein Stadtrat (gleich welcher Partei) mit einem plötzlichen Geldregen? 2008 waren unglaubliche 60 Millionen übrig, weil die Gewerbesteuererträge Rekordhöhen erreichten, die niemand für möglich hielt. Ähnliches spielte sich 2007 ab. Natürlich baut er mit überschüssigen Einnahmen Schulden ab und gibt den Rest in die Rücklage. Alles irgendwie ausgegeben würde auf die Schnelle gar nicht gehen. Es sei denn man würde beschließen jeder Schweinfurterin und jedem Schweinfurter 1000 Euro, sozusagen als Boombonus im Rathaus auszuzahlen. Diesen Unsinn forderte allerdings niemand.

Augenblicklich aber überschütteten sich die Fraktionen mit Schulterklopfen aller Art für ihre kluge Haushaltspolitik. Als hätte man in den vergangenen Jahren jeden Euro zweimal umgedreht. Im Gegenteil. Die Stadt hat großzügig gebaut und investiert. Das kritisiere ich nicht- weise aber darauf hin. Schillerplatz, Jägersbrunnen, Jugendgästehaus, Mainländer, Kunsthalle usw. Millionen und Abermillionen wurden verbaut. Kleinlich und sparsam war das nicht! Mehr wäre aus Kapazitätsgründen des Baureferats gar nicht gegangen. Deshalb finde ich es zumindest übertrieben, wie sich CSU und andere für ihre haushaltspolitische Weitsicht rühmen. Sie können für den erhaltenen Geldregen so viel wie die Jungfrau fürs Kind. Verantwortlich für die unerwarteten Einnahmen sind erfolgreiche Unternehmen, die ihren Erfolg den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu verdanken haben, die ihn durch Sonderschichten, Überstunden, Engagement und Ideenreichtum ermöglicht haben. Außerdem verantwortlich eine Steuergesetzgebung, die den Kommunen über die Gewerbesteuer an Unternehmenserfolg teilhaben lässt!

Eben diese Teilhabe will die neue Bundesregierung aus CDU/ CSU/ FDP kappen. Laut Koalitionsvertrag soll die Gewerbesteuer abgeschafft und durch eine „kommunale Bürgersteuer“ ersetzt werden. Das wäre eine Katastrophe für Schweinfurt. Gut 1000 Euro/ Jahr müsste jeder Einwohner (vom Baby bis zum Greis) der Stadt zusätzliche Steuern leisten um die Gewerbesteuer in etwa durchschnittlich aufzufangen. Deshalb stellte DIE LINKE- Stadtratsfraktion den Antrag sich als Stadtrat und Oberbürgermeisterin gegen die Abschaffung zu stemmen. Immerhin einstimmig wurde unser Antrag angenommen.

In vielen Punkten war es das aber schon mit der Einstimmigkeit. Die Anträge der Fraktionen DIE LINKE, SPD, Schweinfurter Liste, der Gruppe Bündnis 90/ Die Grünen wurden

regelmäßig von CSU und ihrem Ableger proschweinfurt abgelehnt (Sozialpass, Investitionen in energetische Gebäudesanierung, etc.). Die Anträge der CSU, die auch Ausgaben nach sich ziehen, wurden hingegen mit den üblichen Mehrheiten angenommen.

Wie weiter ist die Frage. Investitionen in Menschen, nicht in Mauern ist unsere Antwort. Nachdem sich Schweinfurt in den letzten Jahren herausgeputzt hat, ist es nun an der Zeit sich verstärkt den Menschen zu widmen. Der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, von Schulsozialarbeit und Nachmittagsbetreuungsangeboten in Schulen steht bei uns ebenso ganz oben auf der Tagesordnung, wie die Einführung eines Sozialpasses, der es sozial Schwachen ermöglichen soll verstärkt am gesellschaftlichen und kulturellen Leben in Schweinfurt teilhaben zu können. Eine Dämonisierung dieser Idee, wie sie CSU und OB Grieser betreiben, ist völlig unabgemessen und wird der Problemlage in Schweinfurt nicht gerecht. Wir brauchen keine weitere Spaltung unserer Gesellschaft- schon gar nicht in der Wirtschaftskrise! Ebenso wenig brauchen wir weitere Prestigebauten- dieses Geld investieren wir lieber in unsere Kinder. Zugegeben, das kann die Stadt nicht alleine. Da sind der Bund und das Land Bayern gefragt. An der Stelle wird sich auch herausstellen, ob sich die CSU hinter unseren Vorhaben stellt oder sie ablehnt.